

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei G. J. Kricke & Co.
Breitstraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei J. Streifand,
in Breslau bei Emil Habeth.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. J. Kricke & Co. —
Hauptstadt & Kgl. Hof-
Kundolph Hofe.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidenbank.“

Nr. 98.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 48 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 9. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 8. Februar. Der König hat dem Obersten a. D. Crü-
ger, bish. Kommandeur des 1. Pos. Inf. Regts. Nr. 18, und dem
Obersten a. D. Buchholz, bish. Bez.-Kommand. des 1. Bat. (Posen)
Pos. Landwehr-Regts. Nr. 18, den R. A. Orden 3. Kl. mit der
Schleife; dem Obersten a. D. Seelmann, bish. Kommand. des 3.
Pommerschen Inf.-Regts. Nr. 50, den R. A. Orden 4. Klasse verliehen,
den Reichsbevollmächtigten für Pölle und Steuern, Geh. Reg.-Rath
Kreiser zu Schwerin, zum Geh. Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-
Direktor in Stettin ernannt.
Der bish. Gymnasiallehrer und kommiss. Kreischulinspektor Dr.
August Nagel in Ratel ist zum Kreischulinspektor im Reg.-Bezirk
Dresdener ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 8. Februar. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet,
wird alle Nachrichten über die Ministerkrise, wobei Namen von
ausstretenden feierlichen oder von neu eintretenden Ministern genannt
werden, dem Gebiete der Erfindung an. Die Deapartei beabsichtigt,
nächst einen Majoritätsbeschluss darüber herbeizuführen, daß die
Budgetvorlage der Regierung als Grundlage für die Spezialdebatte
angenommen werde und erst, wenn dies geschehen, begibt sich Minister-
präsident Witto nach Wien, um dem Kaiser über die Lage Bericht zu
erstatten. — In der Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt der Mi-
nisterpräsident Witto eine längere Rede, in welcher er ausführte, daß
die Erhöhung der Steuern das einzige Mittel sei, um das Gleich-
gewicht im Budget herzustellen. Größere Ersparnisse im Budget der
gemeinsamen Armee herbeizuführen, erklärte der Ministerpräsident für
unmöglich.

Paris, 8. Februar. Nach amtlichen Mittheilungen des Seine-
präfekten ist die neue Prämienanleihe der Stadt Paris 42½mal über-
zeichnet worden und zwar: 26mal in Paris, 11mal in den Depar-
tements, 5½mal im Auslande. Die zur Sicherstellung der gezeichneten
Summen in den Kassen gemachten Depositionen belaufen sich auf 848 Mil-
lionen, die Gesamtsumme aller Zeichnungen beläuft sich auf 9336 Mil-
lionen.

Madrid, 8. Februar. Als neu designirte Vertreter Spaniens im
Auslande werden von dem Ministerium nahe stehenden Journal „Po-
litica“ jetzt genannt: Merry für Wien, Cueto für London, Molins für
Paris und Riquena für Bern. — König Alfons begibt sich am Dien-
stag nach Logrono und will vor seiner Rückkehr hierher noch den Städ-
ten Burgos, Valladolid und Avila einen Besuch abstatten.

Konstantinopel, 8. Februar. Der Sultan hat mittelst Schrei-
bens an den Großvezir die Einsetzung einer Spezialkommission ver-
fügt behufs Regelung der Differenzen, welche bei der Ausführung der
von dem Baron Hirsch übernommenen Eisenbahnbauten entstanden
sind. Der Sultan hat zugleich angeordnet, daß der Baron Hirsch mit
der Ausführung aller in der europäischen Türkei zu erbauenden Eisen-
bahnlinien betraut werden soll.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 8. Februar. Gestern hat im auswärtigen Amte
unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Sitzung des
Staatsministeriums stattgefunden, in welcher, wie man hört, über die
Stellung der Regierung zu der allgemeinen Frage über die Ausdeh-
nung der Reformgesetzgebung Beschlüsse gefaßt worden ist. — Der
Bundesrath hatte in seiner Sitzung vom 31. Januar eine Reihe
von Geschäften zu erledigen, welche mit dem Abschluß der Reichstags-
session im Zusammenhang standen. Außerdem galt es auch, eine
Anzahl von Rechnungsabschlüssen festzustellen, u. A. wurden schließlich
die Beträge, welche von den beteiligten deutschen Staaten in Bezug
auf die französische Kriegskosten-Erschädigung liquidirt sind, definitiv
festgestellt, und zwar wurde vorbehaltlich der Erinnerungen, welche
etwa von Seiten des Rechnungshofes ergeben würden, beschlossen,
die Summe von 33.260.498 Thlr. 1 Sgr. als gemeinsame Kriegs-
kosten festzustellen. Ferner wurden in Betreff des Verfahrens bei
Ausreichung der Reichskassen, welche an Stelle von eingezogenen
Staatspapieren ausgegeben sind, folgende Bestimmungen getroffen:
Die Anträge sind an das Reichskanzleramt zu richten. Die Verab-
folgung der verlangten Papiere erfolgt gegen den Nachweis der statt-
gehabten Vernichtung eines entsprechenden Betrages des Staatspapier-
wesens, welcher, durch Uebersendung von beglaubigter Abschrift der
von der zuständigen Behörde über die Vernichtung aufgenommenen
Berhandlung oder, soweit eine Annullirung eingetreten ist, durch Vor-
legung der auf die Annullirung bezüglichen landesgesetzlichen Vorschriften
und erlassenen Anordnungen geführt wird. Endlich wurde durch
den Vorsitzenden mitgetheilt, daß der Kaiser die zur Fortsetzung
des Vortrags des Grimm'schen deutschen Wörterbuches er-
forderlichen Mittel vom Jahre 1875 an bis auf Weiteres aus dem
allgemeinen Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse zur Verfügung
gestellt hat. — Nach einer Zusammenstellung der Resultate der von
den Auseinanderforschungsbehörden ausgeführten Regulirungen sind im
ganzen bis Ende 1873 neu regulirt worden 85,913 Eigenthümer
mit 1,459,492 Hektaren Land. Abgelöst haben 1,620,170 Dienst- und
Abgabepflichtige. Es wurden bei den Regulirungen und Ablösungen
aufgehoben 6,351,238 Spann- und 23,579,188 Handdiensttage und als
Erschädigung festgesetzt 59,198,819 Thlr. Kapital, 5,906,552 Thlr.
Geldrente, 382,062 Neuschefel Roggenrente und 422,188 Hektaren Land.
Die Zahl der Besitzer, welche bei den Regulirungen und Gemeinheits-

theilungen separat, resp. von allen Holz-, Streu- und Hütungs Ser-
vituten befreit sind, betrug 1,827,486, welche 19,010,287 Hektaren Land
besaßen. Vermessen wurden im Ganzen 15,003,179 Hektaren Land.
Im Laufe des Jahres 1873 wurden neu regulirt 948 Eigenthümer
mit 665 Hektaren. Abgelöst haben 39,074 Dienst- und Abgabepflichtige.
Aufgehoben wurden 359 Spann- und 2668 Handdiensttage, an Ent-
schädigung wurden festgesetzt 3,239,636 Thlr. Kapital, 74,271 Thlr.
Geldrente, 2348 Neuschefel Roggenrente und 114 Hektaren Land.

— Ueber die Aufnahme, welche das Gesetz über die Beurkun-
dung des Personenstandes in der Provinz Brandenburg
gefunden, berichtet der „Gemeindebote“:

Im Allgemeinen ist das Zivilstandsgesetz in den kleinen Städten
der Provinz Brandenburg heilsam, in den Landgemeinden dagegen
mit Widerstreben aufgenommen worden. Der kleine Bürger- und
Handwerkerstand, der größtentheils in pekuniär bedrängter Lage sich
befindet, hat für die eminente politische Bedeutung des Gesetzes zwar
wohl nur in seltenen Fällen ein Verständnis, oder er begreift darin
die Befreiung von lästigen Spotteln, die zum Theil auch durch die
Art der Erhebung und Entrichtung längst Anstoß gegeben haben.
Dieser Anstoß hat in den Landgemeinden nur in vereinzelten Fällen
bestanden. Die Landbevölkerung befindet sich in den meisten Gegenden
der Provinz Brandenburg in sehr gedrückten Besitz- und Erwerbsverhält-
nissen. Auch in der brandenburgische Bauer von Haus aus konservativ und
kann selbst zur Ablösung alter Rechte und Gewohnheiten, die für ihn gewinn-
bringend ist, nur nach langer Ueberlegung und oft selbst nach dieser
nicht bewogen werden. Dazu kommt, daß das Zivilstandsgesetz vielen
Dorfgemeinden ungleich größere, mit Opfern an Zeit und oft an Geld
verbundene Lasten auferlegt, als den Städten. Für die letzteren ist
das Standesamt ebenso leicht zugänglich, wie die Pfarre. Die große
Mehrzahl der ersteren muß erst halbe und ganze Meilen über Land zum
Standesbeamten, muß diesen Weg zu Fuß, oder, wie sich's für ein
„anständiges“ Brautpaar schickt, womöglich zu Wagen, mindestens zwei
Mal machen und fühlt sich vor dem fremden Herrn Standesbeamten
meistens sehr geizt. Wird nun gar noch eine größere Zahl von At-
testen und Konsensen, als früher, zum Vollzuge der begeherten Hand-
lungen durch den Standesbeamten verlangt, als dies früher der Geis-
liche gethan hat, so wird der Landmann dem neuen Institut von Her-
zen gram und dürfte bei einer Volksabstimmung über das Zivilstand-
gesetz die Landbevölkerung der Provinz Brandenburg dasselbe jetzt noch
mit eklatanter Mehrheit verwerfen.

— Als charakteristisch für die Stellung, welche die Klerisei der
Civiltäthe gegenüber noch immer einnimmt, ist der „Post. Ztg.“
folgender Fall mitgetheilt, welcher sich vor Kurzem auf einem hiesigen
Standesamte ereignet hat. Ein evangelischer Geistlicher erschien auf
demselben zum Besuche einer Eheschließung, hatte aber so wenig Ach-
tung vor der Würde des Amtes und so wenig Verständnis von dem
tiefen sittlichen Ernst des bevorstehenden Aktes, daß er denselben in
leichtfertiger Weise durch ein ebenso lächerliches, wie bezeichnendes Lachen
ungehörlich profanirte. Der betreffende Standesbeamte sah sich durch
ein so ungehöriges Benehmen veranlaßt, die Eheschließung auf 1 Stunde
auszusetzen, um dem geistlichen Bräutigam Gelegenheit zu geben, sich
zu sammeln und in diejenige Stimmung zu versetzen, in der man fähig
ist, in eine so ernste Handlung ordnungsmäßig einzutreten. Das ge-
schah und demnach erfolgte die Eheschließung, während der würdige
geistliche Herr sich nachher doch gedrungen fühlte, um Entschuldigung
zu bitten.

— Wie gewaltig der Zubröck zum Studium der evangeli-
schen Theologie abgenommen hat, beweist ein Blick auf die Zahl der
im Sommersemester 1874 und im Wintersemester 1875 immatriculirten
Studenten auf den verschiedenen Universitäten Deutschlands. Diese
Zahl betrug für Berlin 123 und 117, für Bonn 52 und 46, für Bres-
lau 41 und 35, für Greifswalde 20 und 24, für Halle 186 und 174,
für Königsberg 57 und 54, für Leipzig 85 und 54, für Tübingen 42
und 33, für Erlangen 12 und 7, für Jena 3 und 5, für Göttingen 3
und 4, für Marburg 2 und 3, für Straßburg 4 und 4.

— Die Einnahmen des deutschen Reiches aus
folgenden Quellen betrugen im Jahre 1874:

Eingangsölle	Thlr.	38,447,945	Gegen 1873
Rübenzuckersteuer	„	16,018,917	+ 2,099,161
Salzsteuer	„	11,399,248	+ 280,113
Steuer vom inländischen	„	„	„
Tabak	„	349,046	+ 93,546
Braunweinsteuer	„	14,746,795	+ 1,555,603
Uebergangs-Abgabe vom	„	„	„
Braunwein	„	34,047	— 3,684
Brausteuer	„	5,685,796	+ 461,273
Uebergangs-Abgabe vom	„	„	„
Bier	„	289,334	+ 3,873

zusammen Thlr. 86,971,128 — 2,221,628

Das Minus der Eingangsölle hat sich nach und nach vermin-
dert; es betrug Ende Juli noch 22,3 Prozent, am Schlusse des Jah-
res nur 14,1 Prozent und wurde besonders durch die Minus-Einfuhr
von Rohzucker, Kaffee und Wein und durch die Aufhebung bez. Er-
mäßigung der Eisenölle, aber auch durch die Wirkung der Geld- und
Kreditverhältnisse auf den auswärtigen Handel veranlaßt.

— Da die an die Kaiserin gerichteten Gesuche um Verleihung
eines goldenen Kreuzes an weibliche Diensthofen nach lang-
jähriger, ununterbrochener tabellarischer Dienstzeit in der letzten Zeit an
Zahl sehr zugenommen haben, so hat, wie der „S. K.“ meldet, die
Kaiserin festgestellt, daß die erwähnte Auszeichnung fernerhin nicht vor
Ablauf einer 35jährigen, bei derselben Familie zugebrachten Dienstzeit
verliehen werde.

D.R.C. Es ist auffällig bemerkt worden, daß in den letzten Jahren
die Zahl der dreijährig freiwillig Dienenden bei der Kavale-
rie in bemerkbarem Maße abgenommen hat und Ermittlungen,
welche angestellt worden sind, haben ergeben, daß die Ursache hierzu
namentlich darin zu suchen ist, daß dieser Kategorie von Freiwilligen
die Verpflichtung auferlegt war, vier Jahre zu dienen. In Folge des-
sen ist seitens der Militärverwaltung den Regiments-Kommandos
gestattet worden, neben den vierjährigen in Zukunft auch dreijährig
Freiwillige zum Dienst anzunehmen. Hierbei soll aber den betreffen-
den sich Meldenden vor dem Eintritt bemerkt gemacht werden, daß
die vierjährige Freiwilligen den Vortheil genießen, daß sie in ihrem
Reserveverhältnis zu keiner Abgabe eingezogen werden und demnach
zwei Jahre früher aus der Landwehr auscheiden, daß aber diese Ver-
günstigung jenen Freiwilligen nicht zu Theil wird. Diejenigen,

welche sich zu dem dreijährigen freiwilligen Dienst melden und für den
nächsten Herbst eintreten wollen, haben ihre Meldung bei den betref-
fenden Regimentern bis zum 1. Juni zu bewirken.

Münster, 7. Febr. Der „Staats-Anz.“ publizirt folgende Be-
kannmachung:

Nachdem der Bischof von Baderborn Dr. Conrad Martin durch
das ihm am 14. Januar d. J. behändigte Erkenntnis des königlichen
Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten vom 5. d. M. des Amtes
entlassen worden, und dadurch der Stuhl des Bisthums Baderborn
zur Erledigung gekommen ist, das Domkapitel zu Baderborn aber die
Wahl eines Bisthumsverwalters abgelehnt hat, so ist von dem Herrn
Minister der geistlichen u. Angelegenheiten auf Grund der §§ 6 und 9
seq. des Gesetzes vom 20. Mai 1874 — G. S. S. 135 — der künig-
liche Regierungs-Assessor Simly aus Posen zum Kommissarius er-
nannt, um das dem bischöflichen Stuhle zu Baderborn gehörige, und
das der Verwaltung desselben oder des jeweiligen Bischofs unterlie-
gende bewegliche und unbewegliche Vermögen in Verwahrung und Ver-
waltung zu nehmen. Dies wird hierdurch in Gemäßheit des § 11 des
cit. Gesetzes mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß
der ernannte Kommissar seinen Sitz in der Stadt Baderborn nimmt,
und am heutigen Tage seine Amtsbefugnisse begonnen hat.

Münster, den 6. Februar 1875

Der Ober-Präsident der Provinz Westfalen.
von Kühlwetter.

Braunschweig, 6. Februar. In der gegen den Schriftsteller
Gustav Kisch wegen seines Buches „Die Preußen in Elßig und
Lothringen“ beim Braunschweigischen Kreisgericht anhängigen Prozeß-
sache ist dem Angeklagten nun durch die Braunschweigische Staatsan-
waltschaft amtlich mitgetheilt worden, daß der Geh. Legationsrath
Legi d. d. seiner Vernehmung über die Preßverhältnisse in Elßig
und Lothringen vor dem Berliner Stadtgericht erklärt habe, daß es
nach einem Beschlusse des kgl. preuß. Staatsministeriums den Beamten
unterlag sei, über Angelegenheiten ihres dienstlichen Ressorts bei Zeu-
genvernehmungen irgend welche Auskunft zu ertheilen. Der Ange-
klagte hat in Folge dessen bei der Staatsanwaltschaft in Braunschweig
den Antrag gestellt, gegen den Zeugen Legi d. alle in der preussischen
Gesetzgebung vorgeschriebenen Maßregeln bezugs Zeugenzwanges nach-
einander in Anwendung zu bringen, da ein Staatsministerialbeschluss
insbesondere, wenn er in Bezug auf seinen Prozeß erlassen wäre, nicht
im Stande sei, Vorschriften der preussischen Gesetzgebung aufzuheben
oder für bestimmte Personen zu suspendiren. Der Reichskanzler
Fürst Bismarck ist auf Antrag des Angeklagten darüber vernom-
men worden, ob er die von diesem behauptete Aeußerung: „Verachten
Sie sich als eine Republik, die sich selbst regiert“, an die elßigische
Deputation gerichtet habe.

Wien, 7. Februar. Der Prozeß Ofenheim wird vom 8. bis
11. d. Mts. eine Unterbrechung erleiden. Um die dadurch verlorene
Zeit herbeizubringen, sollen dann die Sitzungen forciert werden, damit
die Urtheilspublikation am 21. d. stattfinden könne. Für die Vera-
thung der Geschwornen ist vorläufig ein Tag und eine Nacht, für
das Resumé des Präsidenten ein Sitzungstag, für die Plaidovers drei
Tage in Aussicht genommen.

Paris 5. Februar. Das Schreiben eines sich gegenwärtig in
Rom aufhaltenden und mit den hervorragendsten Männern aller Par-
teien in Verbindung stehenden englischen Parlamentsmitgliedes giebt
einige interessante Aufschlüsse über die Stellung Garibaldi's
zum Rönige und die An- und Absichten des italienischen Patrioten.
Zuerst beklagt sich das englische Parlamentsmitglied, welches der libe-
ralen Partei angehört, über den Einfluß, welchen die Jesuiten auf die
englische Presse ausüben. Der päpstliche Hof drähle damit offen; ein
Kardinal habe ihm mit Stolz gesagt, daß die londoner Blätter von
den Jesuiten eben so sehr beeinflusst seien, wie die pariser Blätter,
worauf er ihm erwiderte: „Mir würde es lieber sein, wenn sie unter
dem Einfluß von Bismarck ständen.“ Das Schreiben berichtet dann
über die Zusammenkunft des Königs mit Garibaldi: „Ich sah“ —
so heißt es an dieser Stelle — „den General, als er gerade vom Kö-
nige zurückkam. Derselben begrüßten sich aufs Herzlichste, und Gar-
ibaldi richtete sofort an den König das Wort, um zu sagen, daß
es eine Lüge sei, wenn man ihm berichtet, er hege Groll gegen ihn.
Das Einzige, was er (Garibaldi) wünsche, sei, daß er sich die Kö-
nigin von England und ihre konstitutionelle Regierung zum Beispiel
nehme, aber zugleich auch nicht dulde, daß seine Minister ihn zum
Beisten halten und die öffentliche Meinung verhöhnen. Der König zeigte
sich höchst offen. Er meinte, in Rom gäbe es mit Ausnahme der Pri-
ester Niemanden, dem sein (Garibaldi's) Aufenthalt in der Hauptstadt
Befürchtungen einflöße. Er (der König) sei entzückt, daß er gekommen;
daß die Luft anfrische, verpestet zu werden, und daß Garibaldi sie wie-
der erfrischen werde; daß die Klerikalen in der letzten Zeit viel an
einer Reaktion gegen die italienische Einheit gearbeitet hätten, daß er
aber hoffe, daß das offene Wort des Generals dieser Intrigue ein Ziel
setzen werde.“ Garibaldi selbst — so berichtet dieses Schreiben — war
mit dem ihm seitens des Königs gewordenen Empfang höchst zufrieden.
Auf die Bemerkung des englischen Parlamentsmitgliedes, daß man
dem Kanal, den man längs der Tiber baue, seinen Namen geben müsse,
entgegnete er: „Nein, es muß den Namen Vittorio Emanuele führen,
denn der König verdient die Dankbarkeit eines jeden guten Patrioten.“ Von
einer italienischen Republik selbst will Garibaldi nichts mehr wissen;
er hält Italien für die Republik nicht reif. Ihm zufolge würde es für
Italien ein Unglück sein, wenn die höchste Gewalt heute in die Hände
seiner Partei (der Republikaner) fiele, da dann die Einheit Italiens in
die größte Gefahr gerathen würde. Die Klerikalen wüßten dieses
übrigens sehr gut, und hielten daher Alles aus, um die Republikaner
an die Gewalt zu bringen und dann den Wirrwarr zu benutzen, den
alten Stand der Dinge herbeizuführen. Für Frankreich legte Gar-
ibaldi wenig Sympathie an den Tag; er meinte, es befände sich in
sehr schlechten Händen und seine Regierung arbeite mit Eifer
daran, in Italien das wieder zu vernichten, was der König, Cabour
und er geschaffen. Ueber die deutsche Politik sprach er sich dagegen
höchst zufrieden aus: „Bismarck“ — meinte er — „hat sich durch

seinen Krieg gegen die Priesterschaft die Dankbarkeit der Menschheit verdient. Die nächste Zukunft sieht Garibaldi ziemlich schwarz an; er glaubt, daß es in Folge der Intrigen der Klerikalen zu einem schlimmeren Krieg kommen könne, und er will wissen, daß gewisse Leute in Paris und Versailles den kriegerischen Ideen der Schwarzküde gewonnen seien, seit man dort glaube, auf die Unterstützung auch Englands dabei zählen zu können. So der Inhalt des Schreibens des englischen Parlamentsmitgliedes, das wenigstens der Kuriosität wegen erwähnt zu werden verdient. (Röln. Bl.)

Madrid, 5. Februar. Die „Epoca“, welche die liberalen Elemente des Ministeriums, namentlich die Ansichten und Bestrebungen des Ministerpräsidenten Canovas vertritt, tritt mit ihrer freieren Auffassung der kirchenpolitischen Frage immer offener hervor. Sie bemerkt u. A. über das Verhältnis des Staates zur Religion:

Wahrhaft wünschenswert ist es, daß die Kirche und die Staatsreligion in Spanien derselben Beschäftigung von oben wie die anglikanische Kirche in England und die griechische in Rußland sich erfreuen möchte. Ländern, in denen man niemals der Ansicht gehuldigt hat, daß die konfessionelle Freiheit hauptsächlich in der Verachtung, ja, selbst in der Verfolgung derjenigen Religionsform bestehe, zu der sich die ganze überwältigende Mehrheit aller Spanier bekennt. Es ist eine Sache der äußersten Nothwendigkeit, daß durch den öffentlichen Unterricht, jene Erbsünde aller neueren Kulturstaaten, die in überaus belagerten Werthen von den der Revolution von 1868 vorausgehenden Regierungen vernachlässigt wurde, durch die Gesetze, durch die Sitten und das gute Beispiel der höheren Gesellschaft, der Beamten und des Staates dahin gewirkt werde, die Gottlosigkeit und die religiöse Gleichgültigkeit, jenen Krebsfrucht unserer gesammten politischen und sozialen Zustände, energisch zu bekämpfen. Wir würden keinen Anstoß nehmen an dem Vorhandensein protestantischer Gotteshäuser, wo wir die tiefere Gottesfurcht des englischen Volkes bewundern könnten, noch würden wir uns gegen die Erbauung griechisch-katholischer Kirchen auflehnen, in denen Russen und Griechen denselben Gott und dieselbe Jungfrau Maria, wie wir verehren, anbeten würden; wohl aber möchten wir verweisen an der moralischen, religiösen und zivilisatorischen Zukunft Spaniens im Hinblick auf die religiöse Indifferenz unserer Regierungen, die atheistischen Lehren unserer Universitäten, die unangenehmen Angriffe gegen die Religion in den Debatten unserer Volksvertretungen und die Bauekanale der kantonal-sozialistischen Aufstände, welche die geheiligten Tempel von Barcelona, Cartagena, Cadix, Sevilla und sogar von Madrid niederrissen oder zu Schanzenhöfen umgestalteten.

Vom spanischen Kriegeschanzplan sind der Königin Isabella, die sich über alle Vorgänge telegraphisch Bericht erstatten läßt, folgende Meldungen zugegangen:

Hauptquartier von Oteiza, 3. Februar.
Der König hat heute früh auf der Höhe des Berges Esequiza die Feuerkugel empfangen. Feindliche Truppen hatten die Einsiedeln von San-Estebal angegriffen, wahrscheinlich weil dort das Hauptquartier sich befand. Der König ließ sich hierbei in ein Treffen ein, ohne daß Vernunftgründe seinen glühenden Wunsch, die Gefahren des Kampfes mit seinen erhabenen Truppen zu theilen, zu dämpfen vermochten. Die Gegenwart Sr. Majestät auf dem Kampfplatze hat die Soldaten, die ihn mit stürmischem Beifall begrüßten, mit Vegetation erfüllt. Seine Majestät hat eine große Kaltblütigkeit an den Tag gelegt, die Bewundern getrieft und einen Kommandanten, der von einer Kugel getroffen wurde, als er eben mit ihm sprach, Avancement ertheilt. Nachdem er den Feind zurückgeworfen, begab sich der König zu den außerhalb Villanueva aufgestellten Vorposten, bei denen er einem Scheingefecht gegen die diesen Flecken überragenden Anhöhen bewohnte. Er nahm in dem Orte selbst sein Nachtquartier.

Tafalla, 5. Februar.
Der König befindet sich beständig wohl; gestern war er infolge des unerwarteten Feuers des Feindes, welches mehrere Mann an seiner Seite verwundete, einem Augenblick in Lebensgefahr. Bei dieser Gelegenheit konnten alle Truppen seine Nähe bewundern. Gestern begab der König sich vom Berge Esequiza nach Larraga, und von da wird er morgen nach Puente-la-Reyna gehen, um dort dem schon begonnenen Angriff der Generale Moriones und Despujols gegen die Positionen und das Fort von Santa Barbara, die letzte Stütze der feindlichen Verteidigungslinie, beizuhelfen.

Tafalla, 5. Februar.
Puente-la-Reyna ist gestern genommen worden; die Truppen haben Pösa besetzt und rücken gegen Estella vor. Der König steht an der Spitze der Armee. Viele Carlissen sind nach Tafalla gekommen, um sich zu ergeben.

London, 5. Febr. Die Thronrede, mit der das Parlament heute nach 2 Uhr Nachmittags eröffnet wurde, ist trotz des üblichen geschäftsmäßigen Tones, den abzuändern diesmal übrigens nicht einmal eine besondere Veranlassung vorlag, doch entschieden besser hülft, als viele ihrer Vorgängerinnen. Was der Königin über Englands politische Beziehungen zum Auslande und die Ablehnung der Beschädigung der petersburger Konferenz in den Mund gelegt wird, ist in einfachen und klaren Worten gesagt. Ein gleiches gilt von der Stelle über die Anerkennung der spanischen Monarchie, und wenn in dieser Spanien ein „großes aber unglückliches Land“ genannt wird — für eine Thronrede etwas ungewöhnliche Beiwörter —, so können diese Worte ebenso gut durch die Königin selber hinzugefügt als durch Disraeli niedergeschrieben worden sein. Besonders erfreulich ist die Versicherung, daß trotz der Verminderung der allgemeinen Geschäftstätigkeit im Lande während des verfloffenen Jahres die Lage der Finanzen dennoch eine befriedigende ist. Desto auffälliger erscheint die Bezaglassung des sonst üblichen Passus, daß die Regierung sich entsprechender Sparsamkeit befleißigen werde, was wohl zu kritischen Bemerkungen Anlaß geben wird. In Bezug auf heimische Politik verheißt die Thronrede eine Reihe größtentheils auch im Auslande schon besprochener Gesetzesvorlagen. Sie erstreckt sich auf eine Masse von Gebieten; auf die in Irland bisher notwendig gewesenenen Ausnahmestände; auf die Vereinfachung der bestehenden Gesetze zur Übertragung von Grundstücken; auf die weitere Durchführung der in der letzten Session begonnenen Reform des Gerichtswesens; auf Verbesserung der Arbeiterwohnungen in großen Städten; auf Reformen in der Sanitätspolizei; auf Verhütung der Verunreinigung von Flüssen; auf Verbesserung und Vereinfachung der auf Wohlthätigkeitsvereine bezüglichen Gesetze; auf Reformen in der Schiffsahrtgesetzgebung; auf Verschärfung der Gesetze Betreffs Bestrafung persönlicher Gewaltthätigkeit; auf die Ernennung eines Staatsanwalts und auf Verbesserung der Nachgesetze in den Ackerbaubezirken. Von Reformen in der Kirchengesetzgebung ist in der Thronrede nichts enthalten; aber auch ohne sie ist die Liste der verheißenen Reformen an sich schon so lang, daß man zufrieden sein wird, wenn auch nur die Hälfte der angegebenen Vorschläge in der nächsten Session zu Gesetzen heranreifen wird. Von der Eröffnungsfeier ist, da die Königin fehlte, nichts weiter zu erzählen. Die Verlesung der Thronrede geschah durch den Lord Kanzler bald nach 2 Uhr, ohne daß ein übermäßiger Zudrang von Parlaments-Mitgliedern oder Neugierigen zu bemerken gewesen wäre. Hierauf verfügte die Gemeinen sich nach ihrem Saale, um die Thronrede abtunlich zu hören. Dann gab es allgemeines

Händeschütteln und die Versammelten trennten sich, um heute Abend die regelrechte Parlamentsarbeit zu beginnen.

Parlamentarische Nachrichten.

* Wie die „Post“ hört, ist Graf Otto von Stolberg-Bernigerode am 7. d. auf einige Wochen nach Laganos gereist. Das Herrenhaus muß sich also einige Zeit mit seinen beiden Vizepräsidenten begnügen. Die „Post“ bemerkt dazu: Vielleicht wäre jetzt der geeignete Augenblick, endlich einmal das Gesetz über die Einführung der Kreisordnung in der Grafschaft Bernigerode (nach den vorjährigen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses) in beiden Häusern des Landtags die Beratung passiren zu lassen. Im Herrenhause wie bei der Regierung schien in der vorigen Session die persönliche Rücksichtnahme auf den Herrn Grafen ein Eingehen auf die Wünsche des Abgeordnetenhauses zu hindern.

DRO. Die Justizkommission des Reichstages hat momentaneine Pause in ihren Arbeiten eintreten lassen, wird aber voraussichtlich in der zweiten Hälfte dieses Monats ihre Arbeiten mit größerem Nachdruck beginnen. Um dieselben mit um so sicherem Erfolge ausführen zu können ist der Kommission im Reichstagsgebäude ein besonderes Zimmer eingerichtet worden, welches täglich geheizt und in Ordnung gehalten wird, so daß die Referenten über die einzelnen Abschnitte der Justizgesetze zu jeder Zeit ihre Arbeit dort ausführen können, sobald es ihre Zeit gestattet. Den Mitgliedern dieser Kommission, welche bestimmten Diäten beziehen, ist auch freie Fahrt auf den Eisenbahnen gewährt, so daß sie dadurch so wenig als möglich in ihren heimathlichen Verhältnissen gestört werden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 9. Februar.

— Eine hiesige Zeitung brachte neulich eine Korrespondenz aus Ostrowo, nach welcher der frühere Erzbischof Ledóchowski von dem Magistrat in Posen die Aufforderung erhalten haben soll, eine Einkommensteuer von jährlich 54 Thlrn. an die Kreisasse zu Posen zu zahlen. Diese Mitteilung fiel schon deßhalb auf, weil die städtische Einkommensteuer an die Kammerkasse (nicht an die Kreisasse) entrichtet wird. In Wahrheit handelt es sich aber um die Staatssteuer, zu deren Entrichtung aber nicht der Magistrat, sondern die Einkommungskommission, an deren Spitze der Polizeidirektor Staudy steht, auffordert. Nach den von uns eingezogenen Erkundigungen verhält sich die Sache folgendermaßen: Unter dem 31. Dezember v. J. hatte die hiesige Einkommungskommission für die klassifizierte Einkommensteuer das Kreisgericht zu Ostrowo ersucht, die Benachrichtigung über die Einkommung zu dieser Steuer pro 1875 dem Grafen Ledóchowski in dem dortigen Kreisgerichtsgefängnisse einzuhandeln zu wollen. Danach war derselbe von einem jährlichen Einkommen von 2000 Thlr. aus seinem Privatvermögen zu einer klassifizierten Einkommensteuer von jährlich 54 Thlr. veranlagt. Graf Ledóchowski verweigerte aber die Annahme der Steuerzahlungsaufforderung mit dem Bemerkung, daß er sich im Gefängnisse befinde und in Vermögensangelegenheiten Nichts thun könne, da ihm in seiner gegenwärtigen Lage dazu der freie Wille fehle. Auch sei er jetzt ohne Einkünfte, habe in Posen keine Wohnung mehr, weil ihm dieselbe entzogen sei, und seine Wohnung sei gegenwärtig im Gefängnis zu Ostrowo; die Aufforderung zur Steuerzahlung könne demnach nur auf einem Irrthum beruhen. — Die Einkommungskommission hat nun auf diese Erklärung des Grafen Ledóchowski erwidert, daß die Einkommung zur klassifizierten Einkommensteuer den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend erfolgt sei, und demnach die oben von dem Grafen Ledóchowski angeführten Gründe hinfällig seien. — Wir bemerken hierbei, daß Graf Ledóchowski seitens der städtischen Behörden pro 1875 zur Kommunal-Einkommensteuer von seinem Privatvermögen überhaupt nicht veranlagt worden ist, da er faktisch seinen Wohnsitz nicht mehr in Posen hat; denn gleichzeitig mit seiner Abweisung hat er auch die Wohnung, die ihm bisher der Staat im erzbischöflichen Palais gewährt hatte, verloren.

— **Pressprozeß.** Der verantwortliche Redakteur des „Kurier-Boznanst“ Herr Gahler war vor einiger Zeit wegen Preßvergehens, begangen durch den Abdruck einiger Artikel, welche eine Aufforderung zum Widerstande gegen die Staatsgewalt enthielten, mit 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Der Verurtheilte hatte hiergegen appellirt und kam diese Angelegenheit gestern in zweiter Instanz zur Verhandlung. Das Appellgericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis.

— **Im Thalia-Theater** zu Berlin findet am 17. d. eine polnische Dilettanten-Theatervorstellung statt, deren Einnahme für den Bau des hiesigen polnischen Theaters bestimmt ist.

r. **Der Verband sämtlicher Tischler-Arbeiter** und Fachgenossen, dessen Gründung auf dem ersten Kongreß im September 1872 beschlossen wurde, hat sich seitdem über einen großen Theil von Deutschland ausgebreitet, indem in 66 Städten Provinzial- oder Orts-Komitees sich gebildet haben, so in unserer Stadt ein Provinzial-Komitee. Die Ziele des Verbandes sind folgende: 1) Die schon seit 1869 durch die Gewerbebesetzgebung geschädigten Interessen des Gewerbestandes durch kräftige Einwirkung auf die Gesetzgebung beseitigen zu lassen; 2) durch Erhaltung, Erhaltung und Förderung gemeinnütziger Anstalten Besseres im Gewerbe der Tischler und Fachgenossen herbeizuführen; 3) die Verbesserung der gesellschaftlichen und materiellen Lage anzustreben; 4) eine starke Organisation zu schaffen, um den ungesetzmäßigen Agitationen der Arbeiter entgegen zu treten, wie auch die ordnungsgelassenen Zustände der Lehrlinge zu bessern. Um nun dem Verbande eine größere Verbreitung zu verschaffen, und die angegebenen Ziele desselben zu fördern, wurde auf dem dritten Kongresse, welcher am 27. und 28. Mai v. J. stattfand, der Beschluß gefaßt, in den bedeutendsten Städten der Provinzen Versammlungen einzuberufen, und in diesen durch den Delegirten Tischlermeister Brandes aus Berlin, in Betreff der Bestrebungen des Verbandes klare Auseinandersetzungen geben zu lassen. Eine derartige Versammlung, zu der nicht bloß die Tischlermeister, sondern sämtliche Gewerksmeister unserer Stadt eingeladen erhalten haben, findet am 10. d. Mts. im Herforth'schen Saale statt. Der Delegirte des Verbandes, hat in der letzten Zeit Ehling und Bromberg besucht, tritt am 10. d. M. in Posen auf und begiebt sich von hier nach Berlin zurück.

— **Der Hof- und Viehmarkt**, welcher gestern in Gnesen stattfand, war sehr stark besucht, es befanden sich unter den Käufern auch zahlreiche Pferdehändler aus Mecklenburg, Hannover etc. Zur Aufbebung der zahlreichen Besucher war ein Extrazug eingelegt worden, welcher Abends nach 8 Uhr von dort nach Posen abging. Auf dem hiesigen Bahnhofe kam es zwischen Pferdehändlern zu einer Schlägerei, die durch Einschreiten des dort stationirten Schutzmans geschlichtet wurde.

— **An Nothstands-Darlehenskassenscheinen** war am 31. Januar noch ein Betrag von 459,522 M. in Umlauf. Es wird erinnert, daß diese Scheine laut Bekanntmachung des Finanzministers vom 5. Januar v. J. nur noch bei der General-Staatskasse zu Berlin, bei den künftl. Regierungen-Hauptkassen angenommen und eingelöst werden. Der Minister fordert demnach wiederholt die Inhaber von Darlehenskassenscheinen zu deren Einlieferung bei den vorerwähnten Kassen auf.

— **Bojanowo, 6. Februar.** [Lokalverein zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger] In der am

gestrigen Tage in den Räumen des hiesigen Rathhauses abgehaltene statutenmäßige Generalversammlung des Eingangs bezeichneten Vereins, welcher mit dem gleichfalls hier bestehenden Zweigverein der Kaiser Wilhelm-Stiftung verbunden ist, erstattete der Vorsitzende Herr Bürgermeister Köhlich Bericht über die seitens des Vereins im abgelaufenen Jahre entwickelte Thätigkeit. Danach ist es dem Vereine ungeachtet seiner geringen Mittel gelungen, 4 Familien von, an den Folgen der im Felde erlittenen Verwundungen verstorbenen, ehemaligen Militärpersonen mit ansehnlichen Beiträgen zu unterstützen, ferner dem Zentralkomitee der Kaiser Wilhelm-Stiftung 15 Thlr. als Jahresbeitrag zu überweisen und endlich zur Verbesserung der brüchigen Armenpflege einen namhaften Beitrag beizusteuern. Der zur Verlesung gebrachte Kassenbericht wurde einstimmig genehmigt. Nach Wiederaufnahme des bisherigen Vorstandes wurde die Versammlung geschlossen. Wenn dem Verein in der kurzen Zeit seines Bestehens gelungen ist, so manche Träne zu trocknen und viel unverdauenes Elend zu mildern, so gebührt die Anerkennung für diesen Erfolg zum Theil seinem Vorsitzenden, welcher unausgesetzt bestrebt ist, die Mittel des Vereins durch Sammlungen etc. zu vergrößern. Zu bedauern ist, daß ein Theil unserer Mitbürger sich diesen Bestrebungen gegenüber passiv verhält. Möchten diese Herren bedenken, daß es nur ein geringer Ausdruck des Dankes und der Anerkennung für die Kämpfer von 1870/71 ist, wenn wir bestrebt sind, den Angehörigen derselben den Verlust des Ernährers weniger fühlbar zu machen, und so viel als möglich die Härten des Invaliden-Gezeuges zu mildern.

□ **Krotoschin, 6. Februar.** [Unser Landwehrverein] erfreut sich einer recht regen Theilnahme. Derselbe zählte am Schluß des Jahres 1873 161, während er jetzt 258 Mitglieder hat. Der unermüdeten Vorsorge unseres Vorsitzenden, Hauptmann Sommer, ist es endlich gelungen, in drei Generalversammlungen einen Nachtrag zu den Statuten zu bewirken. Es ist eine besondere Unterstützung und eine Sterbefasse ins Leben getreten. Letztere gewährt den Hinterbliebenen jedes verstorbenen Mitgliedes statt wie bisher 30 nunmehr 75 M. Das Vermögen belief sich bei der letzten Rechnungslegung Ende Dezember v. J. in runder Summe: 1) in der Vereinskasse auf 750 M. und 2) in der Unterstützungskasse, nachdem einzelnen Kameraden, welche durch anhaltende Krankheit oder andere Unzulänglichkeiten in bedürftige Lage gerathen sind, namhafte Unterstützungen gewährt wurden, noch auf 90 M. Vier Feste, und zwar die Fahnenweihe, der Geburtstag des Kaisers, die Feier des Sedantages und ein Vereinsball führten die Kameraden mit ihren Familiengliedern gefellig zusammen.

□ **S Namitzsch, 7. Febr.** [Abiturientenprüfung.] Unter dem Vorsitz des Herrn Regierungs-Schulrath Dr. Bolte fand gestern die Abgangsprüfung an unserer Realschule statt. Die beiden Ober-Primaner, ein evangelischer und ein katholischer, welche sich dem Examen unterzogen hatten, erhielten das Zeugniß der Reife und zwar beide mit dem Prädikate „gut“.

□ **Binne, 7. Februar.** [Industrielle.] Es ist ein sehr erfreuliches Zeichen der Zeit, daß die neuesten Erfindungen auf industriellen Gebiete durch einzelne Capitalisten auch kleinen Städten nach und nach zugänglich gemacht werden. Abgegeben von dem möglichen Gewinne der Unternehmer, wird hierdurch ganz besonders der arbeitenden Klasse ein neues, fruchtbares Feld der Thätigkeit und des Verdienstes erschlossen. Im vorigen Jahre ließ der hiesige Kaufmann B. außerhalb der Stadt, um seine in der Nähe derselben angekauften Waldparzellen als Nuzholz besser ausbeuten zu können, eine mit 24 Pferdekraft treibende Dampfschneidemühle errichten, die stets in voller Thätigkeit ist.

— **r. Wollstein, 7. Februar.** [Professor von Schla-gintweit.] Der Vorstand unseres Fortbildungsvereins hat sich ebenfalls an Herrn Professor v. Schlagintweit nach Posen mit der Bitte gewandt, auch im hiesigen Vereine einen Vortrag zu halten. Der Herr Professor bedauerte jedoch aus Mangel an Zeit dem Wunsche nicht nachkommen zu können, was hier allgemein bedauert wird.

□ **Bromberg, 5. Februar.** [Stadtverordneten-Sitzung.] Der erste Gegenstand der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung war die Einführung des zum Verordneten gewählten Justizraths G. H. und des Stadtrath Ruch in ihre neuen Aemter. Außerhalb der Tagesordnung, unter Annahme der Dringlichkeit, beschloß die Versammlung mit Einstimmigkeit die Wiederwahl des Stadtraths Buchholz als Mitglied in die Kommission zur Abschätzung der Einkommensteuer. Der v. Buchholz war aus dieser Kommission geschieden, weil die Art und Weise, wie der Vorsitzende derselben (Landrath v. Dörge) die Verhandlung leitete, sich nicht mit seiner Ansicht vertrug. Diese Erklärung hatte derselbe dem Oberbürgermeister Boie gegenüber abgegeben, der auch bemerkte, daß der Magistrat als solcher mit dieser Angelegenheit nichts zu thun gehabt habe. Wenn Herr Buchholz die Steuerzettel nicht unterschrieben habe, so sei dies von ihm aber nicht torrell behandelt gewesen; in der Kommission mit seinen Ansichten in der Minorität, hätte er sich der Majorität fügen müssen. Als ein Redner das Verfahren des Magistrats bei Abgabe des Einkommungsmaterials rügte, wies der Oberbürgermeister diesen Vorwurf als nicht zutreffend zurück. Professor Fechner wünschte, daß diese ganze Angelegenheit in geheimer Sitzung verhandelt werden möge, da Interna der Abschätzung zur Sprache kommen würden. Hiergegen protestirte Dr. Jacoby, indem er meinte, daß das jetzt zu spät sei und nur zu falschen Folgerungen Veranlassung geben würde. Nachdem noch einzelne Redner gegen das Abschätzungs-Verfahren gesprochen, wobei ein Redner bemerkte, daß die Liste nicht richtig und ordnungsmäßig geführt worden wäre, wurde nach dem Antrage des Kaufmanns Benzel der Stadtrath Buchholz in die Einkommungs-Kommission wieder gewählt, als zweites Mitglied, an Stelle des verstorbenen Kreisgerichts-Raths Müller, der Regierungen-Affessor Höpfer. Dagegen wurde die Wahl von sechs Stellvertretern beantragt und der Magistrat um Vorschläge hierzu ersucht. — Zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung, betreffend die Genehmigung eines Abkommens mit der Ostbahn wegen Reauktion und Unterhaltung der Friedrich-Wilhelmstraße, übergehend, beschloß die Versammlung, dem Vorschlage des Magistrats beizutreten, mit der Bedingung, daß die qu. Pflasterung seitens der Direktion mit Kopfsteinen ausgeführt werde. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Wahl von Bezirksvorstehern und deren Stellvertretern vorgenommen. — Die am 29. v. Mts. anberaumte Generalversammlung des Bromberger Konsumvereins fand nicht statt, da die statutenmäßige Anzahl von 1/4 der Mitglieder nicht erschienen war; es war daher eine neue Generalversammlung auf den 2. d. M. in Starke's Restaurant einzuberufen worden. Der Direktor des Vereins, Postleiteck Schulz, eröffnete die Sitzung und erstattete der Versammlung Bericht über die erfreulichen Geschäftsergebnisse des abgelaufenen Quartals. Der Waarenumsatz betrug in dieser Zeit 17,522 Mark und ergab ein Nettogewinn von 604 Mark. Das der letzten Generalversammlung mitgetheilte Konto bei dem Geschäft in Döbeln hat sich, nach nochmals sorgfältig aufgenommener Inventur, als nicht vorhanden ergeben. Mehrere der Versammlung vorgelegte Abänderungen des Statuts wurden einstimmig angenommen. Der § 5 erhielt folgende Aenderung: „Die Geschäftsanteile werden mit 5 Pf. pro Mark und Jahr verzinst und zwar nach vollständig erfolgter Einzahlung des Normalbetrages von 9 Mark, jedoch nur vom Beginn des nächsten Geschäftsjahres ab. Die Generalversammlungen finden für die Folge nur halbjährlich statt und zwar im April und Oktober; von der Bestimmung, daß mindestens 1/4 der Mitglieder zur Beschlussfassung notwendig, wurde Abstand genommen und § 13 dahin geändert, daß alle Generalversammlungen beschlußfähig, wenn die Berufung derselben innerhalb der vorangegangenen 14 Tage und zwar mindestens 2 Mal in der Bromberger Zeitung erfolgt ist. Die beschlossenen Aenderungen werden in dem Statut jedes Mitgliedes handschriftlich hergestellt werden.“ (Br. Bl.)

□ **E. Bromberg, 7. Februar.** [Winterhafen an der Brabe.] Gestern fand die Herren Oberbürgermeister Boie, Banquier Arons und Kaufmann Bedert nach Berlin gereist, um dort eine heute dort stattfindende Versammlung beizuwohnen, in welcher über die Statuten betreffend die Errichtung einer Aitiengesellschaft wegen Errichtung eines Winterhafens an der Brabemündung beraten und über den Bau selbst Beschluß gefaßt werden soll. Die Statuten sind von der

So ferner Zeitung auszugeweise bereits gebracht worden. Wahrscheinlich wird in dieser Versammlung auch die Wahl des Direktors und des Aufsichtsraths vorgenommen werden, wenigstens ist in der letzten Stadtkonferenz-Berathung in geheimer Sitzung von dem Oberbürgermeister Boie beauftragt worden, ihm, falls auf ihn die Wahl eines Direktors oder Mitgliedes des Aufsichtsraths fallen sollte, diese nicht zu verweigern. Das soll die Versammlung in ihrer Mehrheit auch versprochen haben, obgleich es auch nicht an Stimmen gefehlt hat, die hervorheben, daß der Herr Oberbürgermeister sich nicht mit zu vielen Nebenbedingungen beschäftigen möge.

J. Nowakowicz, 5. Februar. [Bürgerversammlung] Am Abend fand im Hofbühnen-Saale eine sehr zahlreiche Versammlung des Bürgervereins statt. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Referat des Kreis-Schulinspektors Winkowski über das schulpflichtige Schulwesen. Nachdem Ref. in Kürze auf die Aufgaben und das Ziel der Volksschule hingewiesen und die Geschichte der öffentlichen Schulen in einigen Worten berührt hatte, berichtete er eingehend über den gegenwärtigen Stand der drei hiesigen Konfessions-Schulen. Die Stadt hat 1196 schulpflichtige Kinder. Von diesen besuchen die katholische Schule 412, die evangelische Schule 240, die jüdische 146. Diese Schülerzahl wird von 12 Lehrern unterrichtet und zwar wirken an der katholischen 5, an der evangelischen 4, an der jüdischen Schule 3 Lehrer. Es kommen also im Durchschnitt auf 1 Lehrer 70-75 Kinder; ein Verhältnis, das durchaus günstig genannt werden kann im Vergleich zu den Verhältnissen in vielen Landstädten unseres Reiches, wo 100-200 Kinder auf 1 Lehrer kommen. Bezüglich der Vertheilung der Schüler auf 3 Stufen besteht hier zur Zeit folgendes Verhältnis. Es sind in der Oberstufe zusammen 200 Kinder, die 5 Lehrer gebrauchen. Auf die Mittelstufe kommen zusammen 177 Kinder, die von 3 Lehrern unterrichtet werden. Die Unterstufe hat zusammen 304 Kinder, die von drei Lehrern unterrichtet sind. Die Zahl der Kinder, die auf den einzelnen Lehrern kommen, schwankt also zwischen 35-130. Da von 1096 Kindern etwa nur 770 die Schule besuchen, so müßten, wenn die Fehlenden noch zum Schulbesuch herangezogen werden würden, noch mindestens drei Lehrer angestellt werden. Nach diesen Ausführungen wandte sich der Referent zu der vorliegenden Organisation der Schulen, bemerkte, daß der Herr Regierungsrath einen Organisationsplan eingelegt, berichtete im Allgemeinen über denselben und erwähnte u. A. daß er die Einrichtung von 2 simultanen Schulkörpern einer 10klassigen Elementarschule und einer 5klassigen höheren Elementarschule, die sich zu einer Mittelschule erweitern könne, vorgeschlagen hätte. Referent schloß seinen Vortrag mit der Versicherung, daß der Plan von der Regierung demnächst eingegeben werde und daß die Umwandlung der Schulen bis spätestens zu Michaeli würde erfolgen können. Einen zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Frage: Wie die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer auch für die Bürger nutzbar zu machen sei. Es wurde zunächst hervorgehoben, daß trotz Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer besonders die Bäcker hinsichtlich ihrer Gemeinderbeitungen sehr konterbätig seien, und daß auch in den Fleischpreisen trotz auswärtiger Konkurrenz noch keine entsprechende Ermäßigung eingetreten sei. Der Gegenstand führte zu einem lebhaften Meinungsaustausch und man einigte sich schließlich zu der Ansicht, daß vor der Hand eine Lösung dieser Frage nur von der freien Konkurrenz erwartet werden müßte. Kreisphysikus Dr. Winkler hielt hierauf einen längeren Vortrag über die Prostitution. Der Vortragende schloß mit der Mittheilung, daß von sanitätspolizeilicher Seite alle möglichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Prostitution und zur Verhütung von Syphilis angewandt werden würden, und eine Polizeiverwaltung auch in dieser Hinsicht vorbereitet sei. — **Städt. Wasserversorgung.** Die einen stehenden Gegenstand der Tagesordnung der Vereinsversammlungen bildet, wird bemerkt, daß dieselbe insofern in ein neues Stadium getreten sei, als die Aktien-Gesellschaft für die hiesige Zuckerrüben- und Erbauung einer Wasserleitung in Gemeinschaft mit der Stadt beabsichtigt. Da indess in dieser Hinsicht noch keine Schritte geschehen, die gegenseitigen Verhandlungen nur privaten Charakter sind, so beschließt der Bürgerverein in richtiger Würdigung der hohen Vorteile, die eine Errichtung der Zuckerrüben- und Wasserleitung für die Stadt haben würden, eine Kommission zu wählen, die mit den einzelnen Aktionären in dieser Richtung unterhandeln soll.

K. Schneidemühl, 6. Febr. [Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Revision. Dr. Bonstedt. Vereinswesen.] Wie bereits früher gemeldet, soll im Laufe dieses Jahres ein Ringen für unsere Stadt. Biegelei aufgeführt werden. Nachdem der Magistrat diese Arbeit öffentlich ausgeschrieben, sind 3 Offerten von hiesigen Maurer- resp. Zimmermeistern eingegangen. Da jedoch die Bedingungen der Meister mit den Bedingungen des Magistrats durchaus nicht in Einklang zu bringen waren, so beschloß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer heutigen Sitzung, die Bedingungen vollständig zu ändern und einen neuen Termin öffentlich auszusprechen. Der Bau wird mit Aufschluß der Mauersteine — diese liefert die Stadt ca. 5000 Thlr. kosten. — Vor 3 Wochen ist die Vorsteherin einer hierorts bestehenden höheren Privatschule, Frau Johner, nach 33jähriger Wirksamkeit gestorben. Da diese Schule voranschritt zum 1. April d. J. eingeht, so sieht der Magistrat, um einem allseitig gefühlten Bedürfnisse abzuhelfen, sich genöthigt, eine Vorbereitungsschule für die städtische höhere Mädterschule zu errichten. Auf eine dahin gehende Vorlage hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Vorbereitungsschule zu errichten, in der Weise, daß die Stelle öffentlich ausgeschrieben und in dem besten der Bewerber als Privatschule übertragen wird. Der Magistrat bewilligt ein Klassenzimmer mit Inventar und Heizung und garantiert dem betreffenden Lehrer für 25 Schülerinnen. Der Ertrag des Schulgeldes fließt in die Tasche des Lehrers. — Der Vorsteher der hiesigen Taubstummenanstalt, Herr Reimer, hat in dieser Woche im Auftrage der provisorischen städtischen Verwaltungs-Kommission zu Posen die Taubstummen-Anstalt des Lehrers Schmidt zu Bromberg einer Revision unterzogen. Der hiesige Kreis-Schulinspektor, Dr. Bonstedt, giebt seine Stellung auf und übernimmt in nächster Zeit die Leitung einer höheren Knabenschule in einem Städtchen Westpreußens. Diese Thatsache erregt unter einigen Befremden. — Mit Genugthuung kann mitgeteilt werden, daß unsere Vereine, deren Hauptzweck Fortbildung ist, sich außerordentlich kräftig zeigen und daß die Mitgliederzahl fast mit jedem Tage wächst.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Riger Mandat.** Der „Magdeb. Bzg.“ schreibt einer ihrer Berliner Korrespondenten von einem Mandat, dessen verheerende Wirkungen namentlich auf dem Gebiete der Eisenbahnaktien an der Berliner Börse zu Tage getreten sind. Der Korrespondent sagt: „Ein mit den Verhältnissen der Börse genau bekannter Geschäftsmann erzählt mir, daß in den letzten Wochen an den Börsen von Berlin und Wien ein Schwindel getrieben wird, der an Schamlosigkeit seines Gleichen hat. Derselben Leute nämlich, die in der Gründerperiode das Publikum zur Abnahme der faulsten Effekten zu bewegen verstanden haben, jetzt förmlich organisiert, um alle Papiere, die noch einigermaßen Werth haben, zu entwerthen. Das geschieht durch fortgesetzte systematische Benützung des Geldmarktes, und dem Komplot leitet ein Telegraphen-Bureau, das in Berlin und Wien domicilirt ist, seine Fäden. In Wien hat ein Banquier Namens Edward Simon das gewissenhafte Treiben der Schwindler in etwas aufgedeckt; er macht nämlich einer dortigen Zeitung bekannt, das benutzte Telegraphen-Bureau habe ihm zu verstehen gegeben, gegen eine ziemlich hohe Summe wolle es früher kommen zu lassen wie den anderen Abonnenten. Die Depeschen werden fabrizirt, um den Jährgang der hohen Einnahmen zu sichern. Man erfindet die tollsten Geschichten, z. B. die: der Minister Campaubaen habe seinen Abschied genommen, die Seehandlung kündige alle Depots, Dedend müsse abermals den Diskont erhöhen, umfassende Arbeiterentlassungen seien unvermeidlich, und wie die Schnurren alle heißen. Solche Nachrichten

gelangen früh Morgens von hier nach Wien, um dort die Börse zu verunsichern. Diese Stimmung wird hierher und nach Frankfurt telegraphirt, um jedenfalls Panik zu erzielen, die hiesigen Frier wissen aber schon im Voraus, was für Nachrichten von Wien her gemeldet werden, und ebenso sind die Wiener Jänner früher als das Publikum unterrichtet. Jedes Sensationstelegramm wirkt nur eine Zeit lang, und deshalb wird im Moment der größten Ententhaltung die vorher verkaufte Waare billiger zurückgekauft. Auf diese Weise das Publikum auszulündern, ist den ganzen Januar hindurch geglückt, und die Spekulationen schienen auch auf den Februar übertragbar werden zu sollen. Der Betrug ist in ein System gebracht und die Gaunerbande so geschickt organisiert, daß das Publikum allen Grund hat, auf seiner Hut zu sein.“

Ver mis ch tes.

*** Berlin, 8. Februar.** Das Begräbniß Dr. Friedrich Zabels hat gestern Nachmittag in feierlicher und erhabender Weise stattgefunden. In der Wohnung des Verstorbenen fand sich gegen 12 Uhr eine außerordentlich zahlreiche Versammlung ein, um den Todten, der sich im Leben so viele Freunde erworben, die letzte Ehre zu erweisen. Eine brennende Gasflamme strahlte ihr gedämpftes Licht durch das Zimmer, in welchem, umgeben von grünen Blattschmücken und überreich bedeckt mit Palmen und Lorbeerkränzen, der Sarg stand. Ihm zunächst saß die tiefgebeugte Familie, im weiteren Kreise stand das gesamte Redaktions- und Expeditionspersonal, sowie die sonstigen Mitarbeiter der Rationalzeitung, und hinter ihnen hatte sich ein zahlreiches Trauergesolge aufgestellt. Es waren Vertreter der hohen Beamtenwelt, der Kunst und Wissenschaft, der Universität und der Königl. Schauspiele, des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, die hervorragenden Organe der Berliner Presse, sowie eine Anzahl auswärtiger Zeitungen waren ebenfalls vertreten. Der Prediger Thomas, ein Freund des Dahingegangenen, hatte es übernommen, in längerer Rede ein Bild des Verstorbenen zu entwerfen und den Gefühlen der Theilnahme Aller Ausdruck zu geben. In beredten Worten wurden Zabels Tugenden gepriesen und ausführlich seiner journalistischen Thätigkeit gedacht. Ihm, der als Knabe noch den Kanonendonner von Großbeeren gehört, war es als Greis beschieden, noch Zeuge der Wiedergeburt des Vaterlandes zu sein. — Nach dem Schluß der Rede wurde der Sarg auf den Leichenwagen gehoben, dem sich das Trauergesolge in einer langen Reihe wagenanschlöß. Auf dem Dreifaltigkeits-Kirchhof wurde die Leiche ins kühle Grab gesenkt, der Seigle segnete sie ein und bald wühlte sich der Hügel über dem Sarge eines Mannes, dessen ehrenvolles Andenken in der Berliner Journalistik stets erhalten bleiben wird. — Wahrhaft empörend sind die Worte, mit denen der „Sozialdemokrat“ den Tod des allgemein hochgeschätzten Dr. Zabel mittheilt. Die Rational-Mitglieder sind um ein Reptil ärmer geworden. Die Berliner Rational-Zeitung bringt an der Spitze ihrer Freitagnummer die „tiefseinerliche Nachricht“ von dem Tode ihres Chefredakteurs Dr. Zabel. Nun, an Reptilien ist ja in den Reihen der Liberalen nie Mangel gewesen, und die Herren werden diesen „Verlust“ bald genug überwinden haben.“ Diese Worte an einem offenen Grabe zeugen von einer fittlichen Rohheit und Gemeinheit, die über Alles hinausgeht.

*** Der Erfinder der Koktur.** Herr Dittmann eine vielbesprochene Persönlichkeit, ist in der Nacht zum Freitag zu Charlottenburg gestorben.

*** Gumbinnen, 8. Februar.** Amtlicher Bekanntmachung zufolge ist die Kinderpest in dem Orte Sawadden als erloschen zu betrachten.

*** Ueber den Kassendefekt.** den der Rentant Bils der Halle-Sorauer-Gubener Bahn zugeführt, wird folgendes Nähere gemeldet: Bils war für den ersten und zweiten dieses Monats beurlaubt und hat die ihm angewiesene freie Zeit dazu benutzt, 270,000 Mark bei der Hensel'schen Bank zu belegen zu erheben; obgleich er am 3., 4. und 5. nicht im Dienst erschien, schien sein Fernbleiben gar nicht aufzufallen und erst dann schloß man Verdacht, als am 5. die Frau des Bils auf dem Bureau erschien, um sich zu erkundigen, wozu denn eigentlich ihr Mann gereist sei. Jetzt wurden Nachforschungen angestellt, welche die oben erwähnte Handlung des Bils entdecken ließen. Gleichzeitig ordnete der Direktor der Bahn, Geh. Rath Richter eine Revision der Kasse an, welche Bils geführt hatte; diese ergab dann das überraschende Resultat, daß außer den 270,000 Mk. noch Kassendefekte in Höhe von 600,000 Mk. vorhanden seien. (?) Daß sofort seitens der Direktion für die Ergreifung des ungetreuen Beamten alles Mögliche geschehen ist — man hat eine Belohnung von 500 Thlr. auf seine Ergreifung ausgesetzt — ist selbstverständlich, ob dies aber gelingen wird, da der Verbrecher einen Vorsprung von 5 Tagen hat, ist fraglich.

*** Selbstmord nach der Trauung.** In Siegedin fand kürzlich die Hochzeit zweier jungen Leute statt. Nach der Trauung kehrte der Bräutigam heim, begab sich auf den Dachboden, nahm einen Strick zur Hand und versuchte sich zu erhängen. Die verzweifelte That wurde jedoch noch rechtzeitig bemerkt, der Strick abgeschnitten und der junge Mann gerettet. In einem unbewachten Augenblicke wiederholte aber der Bräutigam seinen Selbstmordversuch, und diesmal mit mehr Erfolg. Als die Braut in sein Haus einzog, war er bereits eine Leiche. Als Motiv des Selbstmordes wird angegeben, daß der junge Mann von seinen Verwandten zu dieser Heirat gezwungen wurde, wie er sich denn auch wiederholt dahin geäußert hatte, daß er seinen Hochzeitstag nicht überleben wolle.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angelkommene Fremde vom 9. Februar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer von Sanger aus Graba, von Basse aus Samter, Boas und Frau aus Lassow, von Treslow aus Radzewo, Frau Heine und Familie aus Strumian, Doctor v. Kargewski aus Romanowko, die Kaufleute Sternberg aus Greiz, Quant aus Seltin, Lauer und Frau aus Bromberg, Bahn aus Mainz, Behrend und Fischer aus Berlin, Schön aus Offenbach, Schumann aus Cresfeld, Kublo aus Halle, Direktor Schindowitsch aus Mierugowo, Premier-Lieutenant Fant aus Königsberg.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Wabl aus Dresden, Huber aus Hannover, Goldschmidt und Weber a. Berlin, Behrend und Menbelsohn aus Breslau, Rosenthal aus Romanowko, Kal. Oberförster Storing aus Grünbeide, Gütebesitzer Weger aus Giesla, Maschinenfabrikant Walther aus Schmiedeb., Zimmermeister Schütt a. Gempin.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufleute Binner und Frau aus Binne, Stadthagen a. Stettin, Frau Theitel aus Rogasen, Brühl aus Berlin, Raphael aus Neustadt b. P., Stod aus Wreschen, Gebrüder Michaelis a. Meseritz.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Frau von Krajenska und Tochter aus Komorze, Arnoux aus Neubauten, Oberförster Krüger aus Ludwigsdorf, Ingenieur Knosch aus Breslau, Wanders aus Cresfeld, Detonmeyer aus Rheinholt, Schurich, Banduk und Bojanowski aus Berlin, Pinski, Halpert und Müller aus Breslau, Graf a. Rawicz.

LACHMANN'S GASTHOF IM EICHENEN BORN. Handelsmann Perlmann aus Schrimm, Handelsmann Silberstein a. Wschlitten bei Stallupönen, Gasthofskoch Schagewski a. Thorn.

HOTEL DE PARIS. Die Gütebesitzer Schur aus Schroda, Hübnert aus Blagel, Pichlwald aus Bednary, Zyburski aus Diczyn, Swiatkowski aus Lubiszyn, Kurnatowski aus Swiatki, Zaporowski a. Polen, die Kaufleute Decker aus Stargard i. P., Schwald und Menbelsohn aus Schroda, Schach aus Hamburg, Beltman a. Altona.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG'S. Fabrikant Grande aus Gblich, Agent Lewi aus Kosen, die Handelsleute Rebe und Sohn Heyman, Kristeller aus Neustadt b. P., Kasel Bit aus Grätz, Deichsel aus Gläfersdorf, Bernhold aus Neutomicke, Lehrerstocker Marie Hinkel aus Borekhold, Bureauhilfe Renne a. Danzig, Schneider Rehminski a. Lüdtmershausen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 8. Februar. Die „Agence Havas“ meldet aus Bayonne: Die Carlisten halten noch die Stellungen vor Estella besetzt. Neue Unterhandlungen betreffs eines Convenio mit den Carlisten sind eingeleitet worden, der Abschluß steht nahe bevor. Alfons wurde in Pamplona enthusiastisch empfangen. Er kehrt Sonnabend nach Madrid zurück, behufs Besprechung mit dem Grafen Molins, welcher am 20. Februar als Gesandter nach Paris abgeht.

Madrid, 9. Februar. Eine amtliche Regierungsbekanntmachung verbietet Versammlungen und politische Vereine. Aus dem Lager vor Estella wird gemeldet, daß demnächst ein Sturm auf Santa Barbara bevorstehe.

An die Herren Distrikts-Kommissarien! Nur wenige Wochen noch und der Frühling ist da! mit ihm kommt Lust, Luft, Laub- und Blüthenschmuck; mit ihm Wärmte auch der Drang zum Reisen; aber er bringt uns auch die alten, bodenlosen, schattenlosen Wege!

Wer Schausse, Eisenbahnen, Bäder, Wälder und Auen nicht benutzen kann und gewöhnen ist, dabei die Landwege zu frequentieren, der kennt sie, diese tiefmorastrigen oder tiefsandigen, viechenden, gottverlassenen Touren.

Also heran, Ihr Herren Distrikts-Kommissarien, Ihr zweifellos nothwendigen, wenn auch vielberufenen Beamten der Provinz, heran! zeigt, daß Ihr wirklich unentbehrlich, daß Ihr einfach tüchtig, daß Ihr neben Euren unzählbaren anderen Geschäften auch noch im Stande seid, binnen wenigen Jahren die Landwege, und wären es die entsehrlichsten, in guten Zustand zu versetzen. Fahrt hinaus, überzeugt Euch, hört Sachverständige, macht Anschläge und Berichte, regelt gleichzeitig die Naturaldienste; und wenn die Ausführung genehmigt ist — was schadet's — seid selbst auf dem Platze, kontrollirt selbst die Herstellung!

Laßt die schädigenden Pappeln und möglichst auch die abschreckenden Weiden entfernen; veranlaßt die Gemeinden, laßt sie beschließen und nutzbringende schattige Auen anlegen. Heran! Beweist, daß Euch der anderwärts Verwaltungsbereich lieb und theuer, daß es Euch eine Ehre ist, den Bezirk auch im Verkehr zu haben. Wartet nicht Verfügungen und Befehlen ab; fangt an, mit unbegrenzter Selbstständigkeit vorzugehen!

Geld ist heidenmäßig viel vorhanden, bewilligt wird es stets und bei gutem Willen sind Berge zu versetzen. Wollen Sie sich auf die Wegebau-Kommissarien des Kreisjahres verlassen, oder wollen Sie etwa auf die Wegeordnung warten, oder möchten Sie vielleicht gar eine große Erweiterung loslassen? — Wozu?

Ist es denn nicht wahr, daß zahllose Landwege nicht zum Fortkommen, daß selten angängliche Obstaum-Auen oder sonstige regelrechte Beschreibungen vorhanden sind? Oder möchten Sie behaupten wollen, außer Stande zu sein, das Gewünschte durchzuführen?

Es ist Alles möglich und muß anders werden! Es naht die Zeit der öffentlichen Kontrolle. Dem Verdienst folgt die Anerkennung, des tüchtigen Beamten schönster Lohn!

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 8. Februar, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. pr. Febr. 54, 49, pr. April-Mai 55, 60. Juni-Juli —. Weizen pr. April-Mai 174, 00. Roggen pr. Februar 144, 00 pr. April-Mai 145, 00, pr. Mai-Juni —. Rüböl pr. Februar 53, 50, pr. April-Mai 53, 50, pr. Mai-Juni 54, 50, pr. Sept.-Okt. 57, 50. Zint fest. Wetter: —.

Dresden, 8. Februar. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 12 Mk. 50 Pf. h. Rußia.

Hamburg, 8. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco still, auf Termine flau. Roggen loco still, auf Termine flau. Weizen 1200 pfd. pr. Februar 1000 Kilo netto 185 B., 183 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 182 B., 181 G., Mai-Juni 1000 Kilo netto 184 B., 183 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 185 B., 184 G. Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 152 B., 150 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 145 B., 144 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 144 B., 143 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 144 B., 143 G. Hafer still. Gerste still. Rüböl matt, loco und pr. Febr. 56 1/2, pr. Mai pr. 200 Pfd. 56. Spiritus leblos, pr. Februar 44 1/2, pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni 45, pr. Juni-Juli pr. 100 L. 100 pSt. 45 1/2. Kaffee matt, Uml. 1500 S. Petroleum matt, Standard white loco 12, 00 B., 12, 90 G., pr. Februar 12, 50 G., pr. Februar-März 12, 40 Gd., pr. August-Dezember 13, 00 Gd. — Wetter: Trübe.

London, 8. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht). Für sämtliche Getreidearten schleppendes Geschäft. Weizen nur 1 Sh. billiger veräußlich. — Wetter: Frost.

London, 8. Februar, Vormittags. Die Getreidezufuhren vom 30. Januar bis 5. Febr. betrugen: Englischer Weizen 6635, fremder 21,136, englische Gerste 1957, fremde 13715, englische Malzgerste 21,369, englischer Hafer 1031, fremder 10,644 Dtr. Englisches Wehl 20,395 Sack, fremdes 3664 Sack und 11533 Faß.

Liverpool, 8. Februar, Vormittags. Baumwoll (Anfangsbericht). Nutzmäßiger Umsatz 12,000 Ballen. Steig. Verschiffungen matt. Tagesimport 4000 Ball., sammtl. 4000 Ballen egyptisch, — B. ostind.

Liverpool, 8. Februar, Nachmittags. Baumwoll (Schlußbericht). Umsatz 15000 B., davon für Speculation und Export 4000 Ballen. Steig und unverändert. Amerik. Verschiffungen theilweise 1/2 billiger.

Middl. Orleans 7 1/2, middling amerikan 7 1/4, fair Dhollerah 5 1/4, middl. fair Dhollerah 4 1/4, good middling Dhollerah 4 1/4, middl. Dhollerah 4 1/4, fair Bengal 4 1/4, fair Brach 5 1/2, new fair Domra 5 1/4, good fair Domra 5 1/4, fair Madras 5, fair Bernam 8 1/4, fair Smyrna 6 1/4, fair Egyptian 8 1/4.

Manchester, 5. Februar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/4, 12r Water Taylor 9 1/2, 20r Water Nicholls 10 1/4, 30r Water Gbolow 11 1/4, 30r Water Clayton 13 1/4, 40r Mülle Maholl 12, 40r Medio Wiltunon 13 1/4, 36r Warpcops Qualität Rowland 13, 40r Double Weston 13 1/4, 60r Double Weston 16, Printers 11 1/2, 11 1/2 pSt. 117. Mäßiges Geschäft, Preise fest.

Glasgow, 8. Februar. Rohheiten. Mixed numbers warrants 73 Sh. — d.

Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 10900 Tons gegen 5600 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Paris, 8. Februar, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußber.) Weizen fest, pr. Febr. 24, 25, pr. März-April 24, 50, pr. Mai-August 25, 25, pr. Mai-Juni 25, 60. Roggen, pr. Februar 18, 50, pr. März-April 18, 50, pr. Mai-August 18, 75. Wehl weich., pr. Februar 51, 75, pr. März-April 52, 00, pr. Mai-August 54, 00, pr. Mai-Juni 53, 25, Rüböl rubig, pr. Februar 74, 25, pr. März-April 74, 75, pr. Mai-August 76, 00, pr. September-Dezember 75, 50. Spiritus fest, pr. Februar 54, 25, pr. Mai-August 55, 25. — Wetter: Frost.

Antwerpen, 6. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen matt. Roggen rubig, franzöl. 20. Hafer behauptet, Donau 22 1/2, Riga —. Gerste matt. Venée —.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weich, loco 30 bez., 30 1/2 B., pr. Februar 29 1/2 bez. 30 Br., pr. März 30 B., 30 1/2 B., pr. September 34 B., pr. September-Dez. 35 B. Steigend.

Druck und Verlag von B. Decker u. Comp. (E. Köhler) in Posen.